



# Gemeinde Zaberfeld

## Ratssplitter 01. März 2016

### Bekanntgabe nichtöffentlicher Gemeinderatsbeschlüsse

Folgende nichtöffentliche Gemeinderatsbeschlüsse aus der Sitzung am 26. Januar 2016 wurden öffentlich bekanntgegeben und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen:

#### Sanierung der Kirchtürme in Leonbrunn und Ochsenburg Kostenbeteiligung der Gemeinde Zaberfeld

Die Gemeinde Zaberfeld beteiligt sich an der Sanierung der Kirchtürme in den Ortsteilen Leonbrunn und Ochsenburg gemäß den Verträgen aus 1986. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Kirchengemeinden über die künftigen Kostenbeteiligungen der Gemeinde an Kirchturmsanierungen zu sprechen.

#### Sanierung Ortskern Leonbrunn – Förderung einer privaten Maßnahme

Der Gemeinderat hat zwei privaten Sanierungsmaßnahmen in der Ortskernsanierung Leonbrunn zugestimmt.

### Ausbau des Geh- und Fahrweges Freizeitgelände Zaberfeld



Der Gemeinderat hat einer neuen Asphaltdecke im ersten Teilabschnitt des Geh- und Fahrweges (ca. 80 m) zum Freizeitgelände zugestimmt. Sofern Ausbesserungsarbeiten am Unterbau notwendig werden, sind diese mit auszuführen. Die Finanzierung der zusätzlichen Kosten mit rund 14.000 € erfolgt durch Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage.

### Schulträgerschaft Katharina-Kepler-Schule Güglingen Sachstand Schulentwicklung

Die Gemeinden Güglingen, Pfaffenhofen und Zaberfeld sind über den Gemeindeverwaltungsverband „Oberes Zabergäu“ Schulträger der Katharina-Kepler-Schule (KKS) in Güglingen. Die KKS ist eine Grund- und Werkrealschule, für die Grundschule ist die Stadt Güglingen Schulträger für den Bereich Werkrealschule (ehemalige Hauptschule) der Gemeindeverwaltungsverband. Entsprechend landespolitischen Intentionen im schulischen Bereich sollte die KKS zur Gemeinschaftsschule ausgebaut werden. Mit entsprechenden Beschlüssen in den Gemeinderäten sowie im Gemeindeverwaltungsverband am 20.05.2014 wurde ein Antrag beim Regierungspräsidium Stuttgart auf Einrichtung der Gemeinschaftsschule zum Schuljahr 2016/2017 gestellt. Entgegen aller Erwartungen hat das Regierungspräsidium dem Antrag auf Einrichtung der Gemeinschaftsschule nicht zugestimmt.

Frau Dr. Doll, Rektorin der Katharina-Kepler-Schule, hat den Gemeinderat in der Sitzung über das weitere Vorgehen und die Schulentwicklung nach dem Ablehnungsbescheid informiert. Die Katharina-Kepler-Schule beabsichtigt zukünftig im Schulverbund mit der Realschule Güglingen intensiv zu kooperieren und das Bildungsangebot zu erweitern. Schulverbund heißt: zwei Schulen – Werkrealschule und Realschule – werden mit ihren bewährten pädagogischen Konzepten eng zusammen arbeiten. Die Schulleitung der bisherigen Schulen und die Kollegen wachsen und arbeiten im Interesse der Schülerinnen und Schüler zusammen. Anders als in der Gemeinschaftsschule könnte die Ganztagesbetreuung in offener Form angeboten werden und die

Familien wählen können, ob das Kind am Ganztagesangebot der Schule teilnehmen soll oder nicht. Des Weiteren soll in unterschiedlichen Lernniveaus unterrichtet und drei Bildungsabschlüsse angeboten werden: Hauptschulabschluss, Werkrealschul- und Realschulabschluss. Ein Wechsel wäre im halbjährlichen Turnus möglich, so dass eine große Durchlässigkeit gewährleistet ist. Weiter bedeutet ein Verbund, dass die Kinder in einer gemeinsamen Orientierungsstufe länger gemeinsam lernen können. Erst ab Klasse 7. oder 8. wird nach eingehender Elternberatung entschieden, welcher Abschluss tatsächlich angestrebt wird. Frau Dr. Doll verweist auf diese Vorteil des Schulverbundes. Allerdings ist zur Umsetzung das Konzept vom Schulträger zu beschließen und ein Antrag beim Regierungspräsidium zu stellen.

Bisher leistet die Gemeinde Zaberfeld entsprechend den Schülerzahlen einen finanziellen Beitrag für die Unterhaltung, den Betrieb und auch für Investitionen an der Katharina-Kepler-Schule. Wie die Schulträgerschaft und die Kostenbeteiligung im Schulverbund aussehen wird, muss in den Gemeinderäten und Gemeindeverwaltungsverband im Detail noch besprochen werden.

### **Bebauungsplan „Hohe Egarten, 2. Änderung“ Beratung und Beschlussfassung über Anregungen und Einwendungen, Satzungsbeschluss**

Der Gemeinderat hat folgende Beschlüsse gefasst:

1. Den vorgelegten Abwägungsvorschlägen zu den im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen wird zugestimmt.
2. Der Bebauungsplan „Hohe Egarten, 2. Änderung“ in der Fassung vom 24.11.2015/01.03.2016 des Ing.-Büros Koch + Käser wird nach § 10 Baugesetzbuch mit § 4 der Gemeindeordnung als Satzung beschlossen.
3. Die zusammen mit dem Bebauungsplan „Hohe Egarten, 2. Änderung“ aufgestellten örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 24.11.2015/01.03.2016 des Ing.-Büros Koch und Käser werden nach § 74 Landesbauordnung in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung ebenfalls als Satzung beschlossen.

Der Gemeinderat hat am 24.11.2015 in öffentlicher Sitzung den Beschluss gefasst, den Bebauungsplan „Hohe Egarten, 2. Änderung“ aufzustellen. Mit dem Bebauungsplan soll ermöglicht werden, dass eine Asylbewerber-Unterkunft des Landkreises im Gewerbegebiet errichtet und betrieben werden darf. Perspektivisch können auf dem Grundstück zukünftig nun auch Gebäude für Einrichtungen der Gemeinde wie Feuerwehr oder Bauhof erstellt werden.

### **Landessanierungsprogramm Leonbronn – Vorstellung der Ergebnisse des Bürgergesprächs mit Sachstand der Sanierungsmaßnahmen**

Der Gemeinderat wurde in der Sitzung durch Herrn Fricke von der Kommunalentwicklung, - Sanierungsträger im Landessanierungsprogramm - über die Ergebnisse des Bürgergesprächs am 08. Dezember 2015 und den Sachstand der Sanierungsmaßnahmen im Ortsteil Leonbronn informiert.

Erfreulich wurde festgestellt, dass seit Beginn des Förderprogramms im Jahr 2007 bis heute bereits 33 private Maßnahmen durchgeführt und über das Landessanierungsprogramm sowie mit Geldern der Gemeinde bezuschusst wurden. Insgesamt wurden bereits rund 1,2 Mio € an Subventionen ausgezahlt.

Mit dem letzten Förderbescheid des Regierungspräsidiums Stuttgart vom 27.03.2013 wurde die Gemeinde verpflichtet, ein „Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept ( ISEK )“ unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger für den Ortsteil zu erarbeiten. Für den Teilort Leonbronn wurde vom Sanierungsträger die Form eines „Bürgergesprächs“ gewählt, bei dem die Teilnehmer mit verschiedenen Fragestellungen im Dezember vergangenen Jahres konfrontiert wurden. Anregungen und Entwicklungsvorschläge wurden beim Bürgergespräch von den anwesenden 21 Mitbürgerinnen und Mitbürgern erarbeitet und dem Gemeinderat durch den Vertreter der Kommunalentwicklung Herrn Fricke vorgestellt. Nachdem zunächst nur Verbesserungsvorschläge im Raum standen wurden von Herrn Fricke in der Diskussion auch die positiven Rückmeldungen erläutert. Welche Ziele bzw. Maßnahmen im Einzelnen beschlossen und realisiert werden können, muss der Gemeinderat als zuständiges Organ der Gemeinde bei weiteren Beratungen entscheiden.

## **Baugesuche**

- **Errichtung einer Wildkatzenspielanlage, Gewann Fronhalde, Flst. 1422 – 1425**
- **Errichtung einer Ortsregelstation zur Versorgung von Zaberfeld und Michelbach mit Gas, Gewann Schindelberg, Flst. 678 und 679**
- **Errichtung einer Ortsregelstation zur Versorgung von Leonbronn und Ochsenburg mit Gas, Gewann Knurnacker, Flst. 3626 (nach Flurbereinigung)**
- **Errichtung eines Briefftaubenhauses, Mannwaldstrae 13, Flst. 1232**
- **Errichtung eines Einfamilienhauses, Renettenweg 8, Flst. 1922**
- **Errichtung einer Weideschutzhutte und einer Koppel, Gewann Donneracker, Flst. 3440 (nach Flurbereinigung)**
- **Errichtung eines Einfamilienhauses, Karpfenweg 16, Flst. 2936/3**

Der Gemeinderat hat allen Bauvorhaben zugestimmt.

## **Verabschiedung Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2016**

In der Januarsitzung hat der Gemeinderat dem Entwurf des Haushaltsplanes 2016 zugestimmt und am 01. März 2016 nun endgültig verabschiedet. Den Finanzplan mit Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2015 bis 2019 hat der Gemeinderat ebenfalls abgesegnet. Änderungen gegenüber dem Entwurf gibt es keine.

## **Kommunale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Standesamtswesen**

Der Gemeinderat hat der kommunalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Standesamtswesen zugestimmt.

Die Gemeinden Güglingen, Pfaffenhofen und Zaberfeld arbeiten interkommunal bereits auf verschiedenen Ebenen zusammen und haben hierzu bereits vor Jahren den Gemeindeverwaltungsverband gegründet. Gezeigt hat sich zuletzt, dass es durch Personalwechsel oder Krankheit bedingt passieren kann, dass einzelne Standesämter personell nicht besetzt sind.

Dies hat die Verwaltungen der 3 Kommunen veranlasst, eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich Personenstandswesen vorzuschlagen.

Zu den Aufgaben im Personenstandswesen gehören insbesondere Beurkundungen von Sterbefällen, Eheschließungen, Geburten, Vaterschaftsanerkennungen sowie Fortführung der Register. Der Kostenausgleich für die Personalleihe ist in dieser Vereinbarung geregelt.